

759 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Juni 1972,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebührengesetz
geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates
sollen vor allem das Taggeld und die Dienstgradzulage, die
beide zuletzt im Jahre 1967 festgelegt wurden, im Hinblick auf
die seither eingetretenen Änderungen der Lebenshaltungskosten er-
höht werden. Und zwar ist vorgesehen, das Taggeld für Wehrmänner,
Chargen und Unteroffiziere von S 12 auf S 20 sowie für Offiziere
von S 24 auf S 40 täglich zu erhöhen. Die Dienstgradzulagen sollen
verdoppelt werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 20. Juni
1972 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem
Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Ver-
fassungs- und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Juni
1972, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebührengesetz
geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 20. Juni 1972

Dr. Anna D e m u t h
Berichterstatter

Dr. F r u h s t o r f e r
Obmann